Nr. 221 20. Jahrg. Ausg. B
Fernsprecher:
Redaktion 32723 — Geschäftsstelle 32722
Postscheckkonto: Dresden Nr. 14797

Sonnabend, 24. Sept. 1921

Redaktion und Geschäftsstelle:
Dresden-A. 16, Holbeinstraße 46

Sächsische Volkszeitung

Bezugspreis: Vierteljährlich frei Haus Ausgabe A mit illustrierter Beilage 12.75 M. Ausgabe B 11.25 M einschließlich Postbestellgeld. Preis der Einzelnummer 90 ₰.
Die Sächsische Volkszeitung erscheint an allen Wochentagen nachm. — Sprechstunde der Redaktion: 5 bis 6 Uhr nachm.

Anzeigen: Annahme von Geschäftsanzeigen bis 10 Uhr, von Familienanzeigen bis 11 Uhr vorm. — Preis für die Petit-Spaltzeile aller Anzeigen 1.40 M, im Reklameteil 3.50 M. — Für undeutlich geschriebene sowie durch Fernsprecher aufgegebene Anzeigen können wir die Verantwortlichkeit für die Richtigkeit des Textes nicht übernehmen

Die Sozialdemokratie von heute

Unser Vertreter in Görlitz schreibt uns unter dem Eindruck der Verhandlungen des sozialdemokratischen Parteitages das folgende:

Wohl niemals seit der Revolution ist die Neuorientierung der Sozialdemokratie, die sich ausdrücklich in einer von Grund auf anders gearteten Stellung zu Staat und Volk, so sinnfällig in die Erscheinung getreten wie auf dem jetzigen Parteitag. Das Kernproblem hat Otto Braun, Hergts ehemaliger Landwirtschaftsminister, am treffendsten dadurch formuliert, daß er sagte: Die Sozialdemokratie müsse von der regierenden zur regierenden Partei werden! Und Hermann Müller, ehemaliger Reichskanzler, erklärte, die Umstellung der Sozialdemokratie dadurch bedingt, daß die jetzige Staatsform eine „ganz andere Staatsgesinnung" verlange. Früher hatten wir den Obrigkeitsstaat, in welchem die Sozialdemokraten in schroffster und unversöhnlicher Opposition standen, heute haben wir die Republik. Man hat sich ja auf dem Görlitzer Parteitag gerühmt, daß diese junge Staatsform eine „Errungenschaft" der Sozialdemokratie selber sei!

Der letztere Gesichtspunkt ist für die sozialdemokratische Einstellung zu den Reichsaufgaben entscheidend. Wenn die Sozialdemokratie auf dem Standpunkt steht, daß die Republik ihre „Errungenschaft" sei, dann muß sie selbstverständlich alles daransetzen, um „ihr" Werk zu sichern. Wiederum ein ehemaliger preußischer sozialdemokratischer Minister, Severing, war der Ansicht, daß zu diesem Zwecke die Sozialdemokraten sich selbst mit Seitzerund und Luxter verbinden müßten, wenn es nötig wäre. Freilich ist diese ganze grundsätzliche Wandlung nicht ohne harte innere Kämpfe vor sich gegangen, und auch der Görlitzer Parteitag hat davon noch ein allerdings nicht mehr sehr starkes Abbild. Eine Partei, die fast 50 Jahre nur in negierender Opposition stand, kann nicht von heute auf morgen in eine regierende, mit allen Verantwortlichkeiten belastete, und diesen Verantwortlichkeiten auch gleichwohl staatspolitisch Rechnung tragende Partei sich umformen. Scheidemann sprach häufig von der „Theorie der politischen Gefühle", von der man sich ebenso frei machen müsse, wie von der „Schlagwort-Politik". Gerade das letztere ist aber eine starke Hemmung an die sozialdemokratischen Massen, die schier eine halbes Jahrhundert unter den Bann dieser Schlagwort-Politik gehalten worden waren. Rudolf Breitscheid-Franken sagte ironisch: „Ich verbitte es mir, daß meine Worte von falscher karonisiert werden." Es gäbe keine „Ewigkeitswerte" in der Politik. Man solle nun endlich einmal die Manuskripte verbrennen, die vor der Revolution für die Versammlungs- und Agitationsreden angefertigt worden seien. In all diesen Aeußerungen drückt sich die Erkenntnis der Realitäten und der Wille, solchen Realitäten auch Rechnung zu tragen, mit aller nur wünschenswerten Deutlichkeit aus. Es würde uns andernwärts nichts verschlagen, wenn man auch dieser Neuorientierung der Sozialdemokratie die entsprechenden Konsequenzen ziehen würde.

Für die Sozialdemokratie von heute ist die gegenwärtige republikanische Staatsform diejenige Basis, die ihr die Verwirklichung ihres letzten Zieles, die sozialistische Republik, oder, wie es in Görlitz so schön gesagt wurde, „des reinen Sozialismus", in Aussicht stellt. Da versteht man das lebhafte Interesse, das die Sozialdemokratie an einem Schutze der Republik hat. Zur Erreichung dieses nächsten Zieles, der Sicherung und Erhaltung der Republik, sind der Sozialdemokratie alle ihr geeignet erscheinenden Mittel gerade gut genug, selbst die Verbindung mit Luxter! Es wird dadurch aber auch klar, daß die Sozialdemokratie das stärkste Interesse daran hat, innerhalb dieser Republik, also auf dem Boden einer ganz anderen Staatsgesinnung, politisch und wirtschaftlich zu wirken. Dadurch wird sie gezwungen, aus Opposition, Agitation und Negation überzugehen zu praktischer positiver Arbeit und zwar zu verantwortlicher Mitkonkurrenz mit allen Unannehmlichkeiten, die damit verknüpft sind. Um das durchführen zu können, bedarf es einer starken Erziehungsarbeit der Massen. Und man muß auf Grund der Eindrücke auf dem Görlitzer Parteitag zugeben, daß die Sozialdemokraten innerhalb der kurzen Zeit, in der sie [illegible] Erstaunliches geleistet haben, das anderen Parteien geradezu als Vorbild dienen könnte. Denn es ist klar, daß die bürgerlichen Parteien gegenüber der neuorientierten Sozialdemokratie ebenfalls eine ganz neue politische und wirtschaftliche Einstellung vornehmen müssen.

Die Sozialdemokratie von heute ist, wie nirgends deutlicher als in Görlitz sich zeigte, — die Zeitungsberichte über die dortigen Verhandlungen können es nur immer den Eindruck vermitteln — eine persönliche Anteilnahme und Fühlungnahme zu verschaffen imstande ist — gegenüber der Sozialdemokratie vor der Revolution staatspolitisch vollständig wesensverschieden. Aber auch nur staatspolitisch! Kulturell ist sie ihren „Traditionen" treu! Sie braucht aus agitatorischen und demagogischen Gründen zwar auch heute noch das „letzte" Ziel des „reinen Sozialismus", der „sozialistischen" Republik. Aber die Vernünftigen geben sich keinen Augenblick einem Zweifel darüber hin, daß es mit der Verwirklichung dieses „letzten" Zieles noch große Wege hat. Die bürgerlichen Parteien werden sich auch sehr hüten, der Sozialdemokratie den Steigbügel zu halten, oder, wie Braun sagte, mit der Sozialdemokratie zusammen zu gehen, um ihr „ein Stück Weg weiter zum Ziele" zu verhelfen. Eine Erziehung der Sozialdemokratie zu verantwortlicher staatspolitischer und staatswirtschaftlicher Arbeit kann den bürgerlichen Parteien nur willkommen sein. Aber über allem muß die Parole stehen, daß diese Betätigung nicht zu der Erreichung bestimmter parteipolitischer Ziele, sondern einzig und allein zum Wohle der Gesamtheit des Volkes und damit für das Vaterland als solches sich vollzieht. Die nach dieser Richtung hin auch der Sozialdemokratie von heute gegenüber unbedingt notwendige stete und starke Kontrolle zu üben, wird Pflicht aller bürgerlichen Parteien sein müssen!

* * *

Görlitz, den 22. Sept. 1921

Nach Eröffnung der Verhandlungen früh 9 Uhr wird die Aussprache über Steuerfragen, Wirtschaftsfragen, Schulfragen, Rechtsfragen usw. fortgesetzt. Franz-Chemnitz befürwortet einen Antrag, der die Schaffung eines einheitlichen Arbeiterrechts betrifft. Abg. Eduard Bernstein hält die Steuervorlagen der Regierung für absolut unzulänglich und betont, daß die Verbrauchssteuern eher zur Schwächung als zur Hebung der Valuta dienen würden. Die Beschlüsse seien nicht zur Genüge durchgearbeitet. Es sei unwahrscheinlich, daß die Sachwerte möglichst bald erfaßt würden. Zum Schlusse seiner Ausführungen tritt er für die unveränderte Steuerentschließung des Abg. Keil ein.

Abg. Hoch teilt mit, daß die Reichstagsfraktion anläßlich des Cyprianer Unglücks eine Interpellation eingebracht habe, in welcher die Frage aufgeworfen wird, ob die Regierung bereit sei, festzustellen, welche Umstände das Unglück verschuldet haben und was zur Verhinderung solcher Unfälle geschehen könne, ferner, ob die Regierung bereit sei, den Geschädigten ohne Verzug aus öffentlichen Mitteln die erste Hilfe zu leisten. Bei der Prüfung der zahlreichen Anträge versucht der Redner, den Antrag aus Halle a. d. S., der die Verweigerung der Pension für den früheren Reichskanzler Fehrenbach fordert, abzulehnen. Ferner sei auch undurchführbar ein Dresdner Abstinenzantrag, der u. a. ein Einfuhrverbot für alle alkoholischen Getränke fordert.

Bei der Abstimmung wird die Steuerentschließung Keil unter Ablehnung des Antrages Löbe angenommen, womit die zahlreichen anderen Steueranträge als erledigt anzusehen sind. Angenommen wird ferner die Entschließung Radbruch zu den Justizfragen unter Ablehnung des Antrages Korn. Endlich der Schulantrag Hellmann, der sich gegen die konfessionellen Schulen wendet und die Entschließung Georg Schmidt gegen die Ernährungsfragen. Zahlreiche weitere Anträge werden der Fraktion überwiesen. Weiter werden angenommen Anträge betreffend Sozialisierung des Bergbaues und der Elektrizitätswirtschaft, Trennung von Kirche und Staat, gegen eine neue Lex Heinze. Die Anträge über die Pension Fehrenbachs und zur Abstinenzfrage wurden abgelehnt. Angenommen wurden die Anträge auf Erklärung des 1. Mai und 9. November zu gesetzlichen Feiertagen.

Der Antrag Löbe über Bildung eines Reichskommissariats gegen Steuerhinterziehung wird mit überwältigender Mehrheit abgelehnt.

Alsdann berichtet Müller-Franken über die Wirkung des Versailler Friedensvertrages auf die innere und äußere Politik Deutschlands. Er wendet sich gegen die Nachrichten der Berliner Blätter und bezeichnet es als Schwindel, daß die Sozialdemokratie beschlossen habe, den Reichskanzler Wirth fallen zu lassen, damit sie den Kanzlerposten erhalte, während sie den Reichspräsidentenposten an das Zentrum abtreten wolle. Er erkläre offen, daß diese Worte alle unwahr seien. Deutschland werde mindestens 50 Jahre an den Folgen des Krieges zu leiden haben. Noch niemand, auch nicht der Kaiser, habe bisher am Versailler Frieden Freude empfunden. Er möchte warnen vor Spekulationen auf Uneinigkeit des Verbandes. Solange in Deutschland noch etwas zu holen sei, werde auch der Verband einig bleiben. Von den Wirkungen des Versailler Vertrages werde die ganze Welt betroffen. Die Ueberzeugten gehörten der Geschichte an. Auch jeder überzeugte Monarchist müsse ihre Rückkehr auf den deutschen Thron für unmöglich halten. Deutschland könne nur als Republik leben. Eine deutsche Monarchie sei in einem Völkerbunde undenkbar.

Schluß der Sitzung 1 Uhr. Damit sind die heutigen Verhandlungen beendet, der Nachmittag ist für einen Ausflug nach der Landeskrone vorgesehen.

Die Neubildung des bayrischen Kabinetts

Die neuen Minister

München, 22. September. In der auf 5 Uhr nachmittags angesetzten Wiedereröffnung des bayrischen Landtags sollte an erster Stelle Mitteilung über die Bildung des Gesamtministeriums erfolgen. Die Eröffnung der Sitzung zögerte sich aber bis 6 Uhr hinaus, da in der Zwischenzeit noch immer Verhandlungen wegen Vervollständigung der Ministerliste gepflogen wurden. Als der Präsident nach 6 Uhr die Sitzung eröffnete, gab er das Wort zur Geschäftsordnung dem Abg. Stang (Bayr. Volksp.), der das Haus ersuchte, die Sitzung neuerdings bis halb 9 Uhr zu vertagen. Aus dem Hause erfolgte kein Widerspruch. — Wie der Präsident weiter erklärte, hat der Vorsitzende der Koalition der Bayrischen Volkspartei, Abg. Held, einen vierwöchigen Urlaub wegen Krankheit erbeten, den das Haus genehmigte.

In der Abendsitzung des bayrischen Landtages, die um 8.15 Uhr begann, war Ministerpräsident Graf Lerchenfeld erschienen, der gleich zu Beginn der Sitzung dem Hause folgende Vorschlagsliste für die Neubesetzung des Ministeriums unterbreitete:

Ministerpräsident und gleichzeitiger Minister des Aeußern und Justizminister Graf Lerchenfeld; Inneres: Dr. Schweyer; Unterricht und Kultus: Dr. Matt; Finanzen: Dr. Krausneck; Soziale Fürsorge: Oswald; Landwirtschaft: Wutzlhofer; Handel, Industrie und Gewerbe: Hamm. (Die Bayrische Mittelpartei hat demnach kein Mitglied ihrer Partei mehr im Ministerkollegium. Sie ist auch aus der Koalition ausgeschieden.)

Nach dieser Mitteilung erklärte Präsident Königsbauer, daß er das Einverständnis des Hauses für diese Vorschläge annehme. Widerspruch erfolgte nicht. Der Präsident begrüßte hierauf die neue Staatsregierung, insbesondere den Ministerpräsidenten Grafen Lerchenfeld, unter dem Beifall des Hauses auf das herzlichste und gedachte in seinen weiteren Ausführungen auch der vormaligen Staatsregierung, besonders des Ministerpräsidenten v. Kahr, dem er den herzlichsten Dank aussprach.

Darauf betraten die neuen Minister den Sitzungssaal, worauf Ministerpräsident Graf Lerchenfeld in kurzen Zügen sein Programm bekannt gab. Er umschrieb die von ihm vorgesehene bayrische Politik, gedachte der großen Verdienste seines Vorgängers v. Kahr und betonte, daß eine seiner wichtigsten Aufgaben die Aufrechterhaltung der mühsam errungenen Ruhe und Ordnung im Staate sein werde. Bezüglich des Verhältnisses zum Reiche stehe für ihn die Treue zum Reiche unverbrüchlich fest. Er werde bestrebt sein, auch nach der politischen Seite hin das Verhältnis zwischen Reich und Staat auf das beste zu pflegen. Der dritte große Gedanke, von dem er sich leiten lasse, müsse der der sozialen Versöhnung sein. Weiter gedachte der Ministerpräsident der pfälzischen Brüder und gab seinem Mitgefühl über das furchtbare Unglück in Ludwigshafen Ausdruck.

Die Rede des Ministerpräsidenten wurde wiederholt von lebhaften Bravorufen begleitet. Ein Antrag Dr. Hilpert (Bayrische Volksp.), sofort in die Erörterung über die Regierungserklärung einzutreten, wurde abgelehnt.

München, 22. September. Graf Lerchenfeld beabsichtigt, am Sonnabend in Berlin einzutreffen, um mit dem Reichskanzler und dem Reichsminister des Innern die Lage zu besprechen.

(Eigener Drahtbericht der „Sächs. Volkszeitg.")

München, 23 Sept. Die „Bayrische Staatszeitung" schreibt zur Wahl des Grafen Lerchenfeld: Es kann heute schon gesagt werden, daß dem Grafen Lerchenfeld das Vertrauen weitester Kreise des bayerischen Volkes entgegenkommt. Wir glauben zu wissen, daß seine Wahl von führender Persönlichkeit der größten außerhalb der Koalition stehenden Partei (Mehrheitssozialisten) nicht ungern gesehen wird. Biete doch seine ganze Persönlichkeit, sein ganzes Wesen eine Gewähr dafür, daß er zwischen dem Reich und Bayern das richtige Verhältnis herstellen wird.

Berlin, 23. Sept. Graf Lerchenfeld trifft, wie bekannt, am Sonnabend in Berlin ein. Anläßlich der Anwesenheit des neu ernannten bayerischen Ministerpräsidenten findet in der bayerischen Gesandtschaft ein Empfang statt, zu dem Einladungen an die führenden politischen Persönlichkeiten ergangen sind.

Berlin, 23 Sept. In Parlamentskreisen wurde die Nachricht, daß Graf Lerchenfeld am Sonnabend in Berlin eintreffen werde, um sich mit der Reichsregierung persönlich über die bayerische Angelegenheit zu Einvernehmen zu setzen, mit großer Aufmerksamkeit aufgenommen. Dies um so mehr, als bekanntlich am Sonnabend auch der Hauptausschuß des Reichstages seine Beratungen in der bayerischen Frage beginnen wird. In dem persönlichen Erscheinen des Grafen Lerchenfeld in Berlin sehen die hiesigen Parlamentskreise nicht nur ein günstiges Zeichen für das klärende Verhältnis zwischen dem Reiche und Bayern, man hofft auch insbesondere, daß nunmehr die gegenwärtige Streitfrage zwischen der Reichsregierung und dem bayerischen Siebenerrat in kürzester Zeit ihre endgültige Erledigung finden werden.

Augsburg, 23. Sept. Wie authentisch verlautet, legt der Ministerpräsident Graf Lerchenfeld auf eine ständige Fühlungnahme mit der Reichsregierung den größten Wert. Bei seiner in den nächsten Tagen erfolgenden Anwesenheit in Berlin wird Graf Lerchenfeld nicht nur die Verhandlungen mit der Reichsregierung über die Reichsaufsichtsfrage persönlich führen, sondern auch eine ständige Fühlungnahme mit der Reichsregierung in die Wege leiten. Dadurch will Graf von Lerchenfeld vor allem vermeiden, daß die bayerische Regierung plötzlich vor unerwartete Beschlüsse der Reichsregierung gestellt wird, wie dies während der Regierung Kahr wiederholt der Fall gewesen ist, worauf dann die ernstesten Konflikte entstanden.

Dr. Heim und die neue Regierung

Berlin, 22. September. Der Münchner Korrespondent des Berliner „Lokal-Anzeiger" berichtet, daß Dr. Heim seiner Bayrischen Volkspartei den neuen Ministerpräsidenten sozusagen aus Regensburg mitgebracht habe. Das dem neuen Ministerpräsidenten zugeschriebene Programm entspreche der Parole von Tuntenhausen, die Dr. Heim am Sonntag ausgegeben habe, mit der Zuspitzung: Revision der Weimarer Verfassung.

Für Haftentlassung des Abgeordneten Fischer

München, 22. September. Der Geschäftsordnungs-Ausschuß des bayrischen Landtages nahm heute den Antrag der unabhängigen Sozialdemokraten auf sofortige Haftentlassung des wegen Hochverrats zu 1 Jahr 3 Monaten Festungshaft verurteilten Abgeordneten Fischer aus Nürnberg mit zehn gegen neun Stimmen an. Die Bayrische Mittelpartei fehlte in der Sitzung, da sie Kommissionssitzung hatte. Für den Antrag stimmten neben den sozialistischen Parteien auch der Bauernbund und die Demokraten.